

ROTER HAHN

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 105

NOVEMBER 2021



Liebe Leserin, lieber Leser,

noch immer hält die Corona-Pandemie das Land fest im Griff. Mein Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat die größten Infektionszahlen und die geringsten Impfquoten im ganzen Land. In der Region leben die meisten der so genannten Querdenker und Impfverweigerer, und die rechtsextreme AfD hat nirgendwo so viele Stimmen bekommen wie hier. Ich würde mir wünschen, dass die Menschen über diesen Zusammenhang mal ernsthaft nachdenken.

Die künftige Ampel-Koalition von SPD, Grünen und FDP hat ihren Koalitionsvertrag jetzt öffentlich vorgestellt, und selbst, wer nicht allzu viel erwartet hatte, kann eigentlich nur enttäuscht sein. In vielen Punkten hat sich die FDP durchgesetzt - ein Armutszeugnis für die SPD unter dem wohl künftigen Kanzler Olaf Scholz. Es wird weder eine Vermögens- noch eine Reichensteuer oder eine Entlastung der mittleren und kleinen Einkommen geben. Es gibt keinen konkreten Plan zur Begrenzung der hohen Preise bei Mieten, Gas, Strom oder Sprit. Meine Fraktionskollegin Amira Mohamed Ali betonte: „Ausgerechnet die Rente (über Aktienanteile, d.A.) an die Börse zu bringen und damit den Kräften des Marktes zu überlassen, ist verantwortungslos und hilft den Menschen, die von Altersarmut bedroht sind, überhaupt nicht. Hartz IV wird in Bürgergeld umbenannt, die viel zu niedrigen Regelsätze werden nicht erhöht. Außer der überfälligen Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ist der Koalitionsvertrag ein sozialpolitischer Rohrkrepierer.“

Leider hat sie recht, meint

Ihr/Euer

Nach der Wahl — Bundestag und Fraktion sortieren sich neu

Erschwert durch die Corona-Pandemie sortieren sich Schritt um Schritt nach der Wahl am 26. September der Bundestag und seine Fraktionen neu. So hat sich der Bundestag inzwischen konstituiert und sein Präsidium gewählt. Für DIE LINKE wurde Petra Pau als Vizepräsidentin wiedergewählt. Erste Plenarsitzungen fanden am 11. und 18. November statt. Die Fachausschüsse wurden noch nicht gebildet; das ist erst für Mitte Dezember geplant. Vorerst existieren nur ein (für fast alles zuständiger) Hauptausschuss, der Petitionsausschuss für Eingaben der Bürger sowie der Ausschuss für Geschäftsordnung und Wahlprüfung. Außerdem ist auch noch das Kontrollgremium für die Geheimdienste der letzten Legislatur im Amt, dem ich angehöre.

Das für DIE LINKE katastrophale Wahlergebnis brachte nicht nur eine Reduzierung von 69 auf 39 Abgeordnete, sondern auch den Verlust von über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Fraktion und den MdB-Büros in Berlin sowie den Wahlkreisen. Wir müssen zahlreiche Büros räumen. Auch mein Team ist davon betroffen.

Der Fraktionsvorstand wurde deutlich verkleinert, die Zahl der Arbeitskreise von sechs auf vier reduziert. Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch wurden als Fraktionsvorsitzende wiedergewählt. Über die Sprecherfunktionen und Ausschussbesetzungen wird erst im Dezember entschieden. Ich selbst habe nicht mehr für das Amt als stellv. Fraktionsvorsitzender und Leiter des AK Innen- und Rechtspolitik kandidiert. Diese Funktion übernimmt nun Nicole Gohlke im neu zugeschnittenen AK Bildung, Digitalisierung, Demokratie, Innen und Recht. Ihr wünsche ich viel Erfolg.

**TERMINE MIT
ANDRÉ HAHN**
(Auswahl)

*

29.11.

**Vorstandssitzung &
Mitgliederversamm-
lung des Vereins für
Dopinganalytik und
spez. Biochemie e.V.**

Dresden

*

01.12.

**Umzug des MdB-Büros
von Unter den Linden
50 in das Jakob-Kaiser-
Haus, Wilhelmstr. 68a**



*

01.12.

**Wahlauswertung mit
den Mitgliedern des
KV DIE LINKE SOE
(online)**

*

03.12.

**Online-Beratung der
Landesgruppe Sachsen**

*

06.—10.12.

**Sitzungswoche
im Bundestag**

*

13.—17.12.

**Sitzungswoche
im Bundestag**

*

22.12.

**Teamklausur zum
Jahresabschluss
(Pirna)**

Geheimdienstpräsidenten zur Anhörung im Bundestag



Es gab Positives und Problematisches, so das Fazit von André Hahn nach der öffentlichen Anhörung der drei Geheimdienstchefs im Bundestag am 27. Oktober.

Positiv war aus seiner Sicht, dass die Gefahr des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland nicht länger vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) wie auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) heruntergespielt wird. Auch waren erstmals selbstkritische Einlassungen vom Bundesnachrichtendienst (BND) und vom MAD zu vernehmen. Von beiden wurden Fehler und Unkenntnis bei der Lageeinschätzung im Vorfeld des über-

stürzten Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan und dem verantwortungslosen Zurücklassen tausender Ortskräfte eingeräumt. Und drittens ist zu begrüßen, dass nicht erneut und wie in den Jahren zuvor der Ruf nach immer mehr Personal und Geld erklang, um den angeblich ständig wachsenden Aufgaben gerecht werden zu können.

Grundsätzlich problematisch bleibt an der Anhörung, dass auf wichtige Fragen keine Antworten gegeben wurden, zum Beispiel zu den Kosten für das Satellitenprojekt Georg des BND, dessen Budget einst auf 400 Mio. EUR angesetzt war, später mit 500 Mio. EUR beziffert wurde und inzwischen wohl noch teurer werden wird. Ähnliches gilt für die Kosten des Um- und Neubaus von Liegenschaften durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, obwohl es auch hier um dreistellige Millionenbeträge gehen dürfte.

Tarifierhöhungen im ÖPNV sind völlig falsches Signal

Zu den vom Verkehrsverbund Oberelbe (VVO) geplanten Tarifierhöhungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erklärt der MdB Dr. André Hahn, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion im Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge: „Neuerliche Tarifierhöhungen im ÖPNV wären ökologisch ein völlig falsches und insbesondere aus sozialer Sicht auch ein absolut inakzeptables politisches Signal. Kein Zweifel: Busse und Bahnen müssen das Rückgrat der notwendigen Verkehrswende sein, um individuelle Automobilnutzung zu reduzieren. Nur mit einem starken und attraktiven Öffentlichen Nahverkehr kann das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger flächendeckend gut und klimafreundlich werden. Das erfordert natürlich weitere Investitionen in den Nahverkehr, eine Verbesserung der Taktzeiten, gerade auch für Busse im ländlichen Raum und perspektivisch eine Absenkung und gerade keine Anhebung der Preise. Das würde noch mehr Menschen davon abhalten, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Sowohl für Menschen, die das Auto brauchen (Stichwort: Benzinpreise), als auch für die, die auf den ÖPNV angewiesen sind, steigen die Kosten immer weiter. Für viele Menschen im Hartz-IV-Bezug, mit niedrigen Löhnen und kleinen Renten, ist die regelmäßige Nutzung von Bus und Bahn schon lange unerschwinglich. Hier muss die Politik endlich gegensteuern, anstatt den ÖPNV durch weitere Tarifierhöhungen noch unattraktiver zu machen!

Dass die Nahverkehrsunternehmen durch die Corona-Pandemie und die politisch veranlassten Lockdown-Maßnahmen zum Teil erhebliche Einnahmeverluste hinnehmen mussten, die sie allein objektiv nicht stemmen können, bestreitet niemand. Eine Abwälzung der Kosten auf die Kunden ist aus Sicht der LINKEN allerdings auch nicht hinnehmbar.

Es gibt diverse Unterstützungsprogramme auf Bundes- und Landesebene zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie, die hier greifen müssen.

IN KÜRZE

In der Plenarsitzung des Bundestages am 11. November setzte DIE LINKE ihren Antrag "Warme Wohnung statt sozialer Kälte" ([Drs. 20/25](#)) auf die Tagesordnung. Angesichts der um über 18 Prozent gestiegenen Verbraucherpreise für Energie im vergangenen Jahr wird unverzüglich ein "Keiner soll frieren"-Plan gefordert. Alle Menschen unter der Armutsrisikoschwelle sollen im Dezember eine Einmalzahlung von 200 Euro erhalten. Des Weiteren sollen u.a. die Hartz-IV-Sätze und das Wohngeld erhöht, Strom- und Gassperren verboten werden.

*

Nicht zuletzt auch mit Blick auf die Einwendungen der Umweltverbände sollte die Entscheidung über den Wiederaufbau der durch die Flutkatastrophe völlig zerstörten Kunsteisbahn in Königssee sorgfältig abgewogen werden.

Schnellschüsse des nur noch geschäftsführend amtierenden CSU-geführten Bundesinnenministeriums sind hier nicht angebracht, erklärt André Hahn mit Blick auf die [Antwort](#) der Bundesregierung auf seine diesbezügliche Anfrage.

André Hahn
bei Facebook



Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 227 75777
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

Wahlkreisbüro Sächsische Schweiz-Osterzgebirge:
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna
Tel.: 03501 5710090
E-Mail:
andre.hahn.ma03@bundestag.de

Wahlkreisbüro Meißen:
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

Redaktionsschluss: 26.11.2021
Redaktion: André Nowak